

# CDU: Warten auf Neuausschreibung / SPD: Blick über Tellerrand / Linke: Förderung unumgänglich

Sollte sich die Stadt Celle die Verantwortung für die städtischen Buslinien vom Landkreis zurück holen und die CeBus mitfinanzieren? Dieser Prüfantrag der Grünen wird von anderen Parteien mitunter kritisch gesehen.

CELLE. Der Antrag der Celler Grünen, zu prüfen, ob die Stadt Celle dem angeschlagenen Nahverkehrsunternehmen CeBus für den Erhalt des Busangebots finanziell unter die Arme greifen sollte, ist vom Verwaltungsausschuss in die Fachgremien verwiesen worden. Bei den anderen Parteien im Stadtrat hat er für ein vielfältiges Echo gesorgt. Breite Zustimmung gibt es für die Hoffnung, dass dann „endlich alle Zahlen auf den Tisch kommen“, wie SPD-Fraktionsvorsitzender Jürgen Rentsch sagt. Allerdings könne man angesichts der prekären Haushaltslage der Stadt „nicht mal eben eine halbe Million Euro locker machen“. Rentsch bedauert, dass es trotz jahrelanger Zahlungen der Stadt an den CeBus-Teilbetrieb Celler Strassenbahn (CSC) bis heute nicht gelungen sei, die CeBus wirtschaftlich auf eigene Beine zu stellen. Er regt einen Blick über den Tellerrand an. „In anderen Städten funktioniert der Nahverkehr doch auch.“

Verkehrsausschussmitglied Joachim Ehlers (CDU) hat Zweifel, ob es sinnvoll wäre, wenn die Stadt – wie von den Grünen angedacht – einen Teil



der Trägerschaft des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vom Landkreis zurück übertragen bekäme. „Das wäre ein Rückschritt in längst vergangene Zeiten, brächte der Stadt kaum mehr Mitsprache bei der Nahverkehrsplanung,

würde aber beträchtliche Kosten mit sich bringen“, so Ehlers. Zudem sei bei einer gesplitteten Trägerschaft der Abstimmungsbedarf enorm hoch. Er plädiert dafür, die Aufgabenteilung zwischen Stadt und Kreis zumindest bis 2015

so zu belassen, wie sie ist. Dann läuft die Konzession der CeBus aus und es erfolgt eine europaweite Neuausschreibung für den ÖPNV im Kreis Celle. „Dann ist der Zeitpunkt gekommen, die Qualitätsstandards neu zu bestimmen“, so

Ehlers. In einem konkreten Fall fordert er jedoch sofortige Nachbesserung: „Die nördlichen Stadtteile wie Lachtehausen, Altenhagen oder Bostel nur alle zwei Stunden anzufahren – das kann man nicht machen.“

Die Ratsfraktion Die Linke/BSG unterstützt den Vorschlag der Bündnisgrünen zu klären, ob und wie der ÖPNV durch die Stadt gefördert werden kann. Behiye Uca: „Wir müssen den Trend umkehren, der zu einer Ausdünnung bei immer höheren Fahrpreisen führt.“ Ihre Fraktion sei im Übrigen der Auffassung, dass es nicht nur darum gehen kann, mehr Geld in ein „vergleichsweise schlechtes System“ zu stecken. Die Benutzterfreundlichkeit müsse insgesamt auf den Prüfstand. Eine bessere Förderung sei unumgänglich, damit der ÖPNV mehr werde als nur der Restverkehr für Schüler und alte Menschen, der er im Augenblick sei. „Der Verbrauch fossiler Brennstoffe ist im ÖPNV gerechnet auf die zu befördernden Personen deutlich geringer als bei Individualverkehr“, meint Uca: „Auch deshalb lässt sich eine stärkere Förderung rechtfertigen.“

Die WG-Fraktion fordert die Aufrechterhaltung eines „auskömmlichen ÖPNV sowie verbesserte Schülerbeförderungsbedingungen“, so Fraktionsvorsitzender Torsten Schoeps. Die Prüfung und Kostenermittlung einer Teilaufgabenträgerschaft durch die Stadt sei sinnvoll. Eine Entscheidung darüber könne aber erst fallen, wenn alle entscheidungsrelevanten Zahlen, Daten und Fakten seitens der CeBus“ vorliegen.

Heiko Hartung